

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich zweimal, am Montag und Mittwoch, bei Fortsetzung des Erscheinens am Donnerstag und Freitag. Die Abonnenten erhalten die Zeitung kostenfrei. Die Anzeigenpreise sind auf der Rückseite des Blattes angegeben. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10, zu erreichen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.



Wilsdruff-Dresden
Postfach: Dresden 3640
Montag, den 6. Juli 1936

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rössen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 155 — 95. Jahrgang

Druckanschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 3640

Montag, den 6. Juli 1936

Danzig klagt an!

Senatspräsident Greiser vor dem Völkerbundsrat. — Abrechnung mit der Tätigkeit des Kommissars Lester. — Die Bemühungen der Danziger Regierung um Verständigung und Frieden.

Unter dem Vorsitz des britischen Außenministers Eden war der Völkerbundsrat zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Wichtigster Punkt der Tagesordnung bildete die sogenannte Danziger Frage. Im Verlauf der Sitzung hielt der Danziger Senatspräsident Greiser eine große Rede, in der er frei und offen vor der ganzen Weltöffentlichkeit dem Rat die Meinung über das Verhalten des Völkerbunds-Kommissars Lester in Danzig und die außerordentlichen Schwierigkeiten sagte, die der Völkerbund fortgesetzt der auf Ruhe, Ordnung und Fortschritt in Danzig bedachten nationalsozialistischen Regierung mache. Die Rede Greisers beschäftigte dann den Rat in einer zweiten Sitzung. Im Verlauf dieser Sitzung wurde von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, für den Völkerbundskommissar Lester einzutreten, der mit allgemeinen Bemerkungen zu der großen Rede Greisers Stellung nahm. Nach einer Schlussklärung des Danziger Senatspräsidenten stellte Eden die Annahme einer von ihm vorgelegten Entschließung fest. In dieser Entschließung wird der „Zwischenfall“ anlässlich des Besuchs des deutschen Kreuzers „Leipzig“ in Danzig (sein Besuch des Kommandanten bei dem Völkerbundskommissar, D. Schr.) als Angelegenheit von „internationalen Charakter“ bezeichnet. Die polnische Regierung wird ge-
beten, namens des Rates diese Frage auf diplomatischem Wege zu präzisieren und auf der nächsten Ratstagung im September über die Maßnahmen zu berichten, die für notwendig gehalten werden sollten.

Im Namen von 400 000 deutschen Menschen.

Präsident Greiser gab dann eine grundsätzliche Darlegung, wobei er u. a. ausführte:
Ich möchte betonen, daß ich mich vor meinem eigenen Gewissen zu der Pflicht durchgerungen habe, hier einmal nicht als Beauftragter toter Buchstaben und theoretischer Paragraphen zu sprechen, sondern als Regent von 400 000 deutschen Menschen, die ihr Schicksal nicht auf alle Ewigkeit an den Völkerbund fetten wollen und die Ideologie dieses Instituts letzten Endes gar nicht verstehen, sondern die, durch Blut und Masse an das deutsche Volk gebunden, ihre Herzen eine andere Sprache sprechen lassen als die durch eine weisensfremde Verfassung eingeengt. Die Danziger Bevölkerung hat mit mir den Eindruck, daß ihre Heimat Danzig nicht aus den Gründen vom Mutterland abgetrennt worden ist, die man in der Weltöffentlichkeit immer wieder behauptet.

Warum erfolgte denn überhaupt die Abtrennung? Polen sollte einen freien Zugang zum Meere haben, welcher ihm durch den Danziger Hafen gewährleistet wurde. Das neuerkandene Polen hat diesen ungehinderten Zugang zum Meere erhalten. Wie ich ausdrücklich und laut betonen möchte, erhebt das polnische Volk diesen Anspruch zu Recht. Wenn es aber allein nur um diesen Anan-

zum Meere zu tun gewesen wäre, hätte man ja unsere Heimat Danzig nicht von Deutschland abzutrennen brauchen.

Wenn aus Danzig trotzdem ein sogenannter Freistaat gemacht worden ist, dann möchte man fest annehmen, daß dieses geschah, um im Osten Europas einen dauernden Herd der Unruhe und der Reibung zwischen Deutschland und Polen zu besitzen.

Neben dem Fehlen vieler Hoheitsrechte hat es der Völkerbund bisher unterlassen, dieser Freien Stadt Danzig in irgendeiner Form praktisch zu helfen. Die Danziger Bevölkerung muß im Gegenteil sogar jährlich mehrere Millionen Gulden an Zinsen aufbringen für die zwischen dem Völkerbund und der Freien Stadt gemachten Finanztransaktionen. Weiterhin wird es als unerträglich empfunden, daß die Höhe der Unterhaltung des Kommissars des Völkerbundes, der seine Einnahmen in Gold und Devisen erhält, in einem traffen Verhältnis zu der wirtschaftlichen Notlage der Gesamtbevölkerung steht. Diese Tatsache kann auch dadurch nicht abgeschwächt werden, daß die Hälfte dieses Aufwandes von der Republik Polen getragen wird.

Das Versagen des Völkerbundes.

Die Danziger Regierung konnte bis jetzt nicht feststellen, daß sich der Völkerbund Sorgen um die Befestigung der Arbeitslosigkeit gemacht hätte. Ich konnte schließlich auch noch nicht feststellen, daß der Völkerbund uns irgendwelche Ratschläge zur Anurdehung der Wirtschaft gegeben hätte. Alle diese Sorgen lasten ausschließlich auf den Schultern der Danziger Regierung. Die Regierung allein wird von der Bevölkerung dafür verantwortlich gemacht, daß sie Arbeit und Brot erhält. Die nationalsozialistische Regierung hat sich in den vergangenen drei Jahren mit allen ihren Kräften bemüht, dieser Schwerkraft Herr zu werden. Es ist ihr auch im Rahmen des Möglichen gelungen.

Ich persönlich bin davon überzeugt, daß die Regierung noch viel mehr zum Wohle der Gesamtbevölkerung hätte leisten können, wenn sie nicht dauernd durch die Tätigkeit des Herrn Lester von dieser wichtigen Aufgabe abgelenkt worden wäre.

Innerlich drohte Danzig als kleinster Staat Europas in diesen vielen Krisenjahren wirtschaftlich zusammenzubrechen. Außerlich waren laut und Streit mit Polen bis zur Regierungsübernahme durch uns Tagesordnungspunkte auf allen Sitzungen des Völkerbundsrates. Die Freie Stadt Danzig galt als ein Ferment der Unruhe. Man nannte sie auch selbst in den Kreisen des Völkerbundes das Pulverfaß im Osten Europas.

Ein kleiner Funke hätte genügt, nicht nur dieses Pulverfaß zur Explosion zu bringen, sondern darüber hinaus auch Zusammenstöße zu erzeugen, die stark genug gewesen

wären, Europa neu zu erschüttern. Jahre hindurch hat man überall und auch hier im Völkerbund nach Auswegen gesucht, diesen gefährlichen Zündstoff aus dem Pulverfaß Danzig zu entfernen. Leider hat der Völkerbund diese Auswege nicht gefunden.

Adolf Hitler und Joseph Pilsudski.

Erst zwei Männer mußten kommen, die es kraft ihrer Persönlichkeit und kraft ihrer Autorität und insbesondere kraft der Größe ihres christlichen Volkens fertigbrachten, innerhalb kürzester Zeit alle Konfliktstoffe zu beseitigen, Ruhe und Ordnung in die Dinge hineinzubringen und eine sichere Entwicklung für die Zukunft zu gewährleisten: Adolf Hitler, der anerkannte Führer des deutschen Volkes, und Joseph Pilsudski, der große und ehrwürdige Marschall Polens. Beide Soldaten und unvoreingenommen und geradlinig in ihrem Wesen. Wahrscheinlich, zwei Männer, so überragend unter den Großen der Welt, daß ich es wohl verstehen kann, wenn andere Völker uns um diese beiden Führer beneiden.

Aus dem Ferment der Unruhe ist durch die Tätigkeit unserer Regierung ein ruhender Pol geworden und eine beispielhafte Tat für die Verständigungsmöglichkeit unter den Völkern vollbracht worden. Anstatt meine Regierung zur Erhaltung und zur Hervollkommnung dieses positiven Beitrages zur internationalen Verständigung zu unterstützen, wird, wie ich zu meinem größten Bedauern bemerken muß,

in den letzten zwei Jahren immer mehr geradezu mit der Lupe nach Pulverfäden gesucht, die durch die Sonne der Weltöffentlichkeit vor dem Völkerbundsrat ausgehändigt werden sollen.

Es wäre wahrlich besser, schon zu Hause mit einem Glase Wasser diese Körnchen unschädlich zu machen.

Es darf daher auch im Hinblick auf die letzten Ereignisse nicht wunder nehmen, daß die Regierung gezwungen sein könnte, dem dringenden Wunsch der Bevölkerung nachzugeben, bei Fortsetzung dieser Methoden die Beziehungen zum Völkerbundskommissar einer Nachprüfung zu unterziehen.

In Danzig regiert seit mehr als drei Jahren eine nationalsozialistische Mehrheit, welche zweimal in verfassungsmäßiger geheimer Wahl durch das Vertrauen der Bevölkerung bestätigt worden ist.

Demokratie bedeutet, daß der Wille einer Mehrheit nach Sitte und Gesetz zur Geltung gebracht werden soll. Dieser Wille der Mehrheit ist unmissverständlich und unanfechtbar zweimal für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zum Ausdruck gekommen.

Der Terror der Minderheit.

Das Benehmen des jetzigen Kommissars in Danzig geht jedoch darauf hinaus, dieses Grundgesetz der Demokratie zu mißachten und einer sich destruktiv beteiligenden Minderheit, die in sich selbst zerrissen und uneins ist, die Möglichkeit zu geben, die verfassungsmäßig geschaffene Mehrheit in schamloser Weise zu terrorisieren.

Dieser kleine Staat Europas, als dessen Vertreter ich hier schon mehrere Male vor dem großen Schirmverflicht der Weltöffentlichkeit gestanden habe, hat getan, was er tun konnte, ja, er hat sogar mehr getan, als er eigentlich



Die Aufzucht von 1923 wird von Obersturmbannführer Gimminger zur Gedenkfahrt in das Schloß gebracht. (Scherl Bilderdienst — R.)



Weimar

Die Feierlichkeit im Schloßhof. Der Führer schreitet die Front der Reichswehren ab. (Scherl Bilderdienst — R.)